

# Platz abbeck

Nr. 7, 14. September 2010

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

**DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln**

V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## Stadt stellt neue Kontrolleure für U-Bahn-Bau ein Verwaltung folgt Antrag der LINKEN

Die Verwaltung hat Stellen für sechs neue Mitarbeiter ausgeschrieben, die Planung und Durchführung im Stadtbahnbau überprüfen sollen. Sie folgt damit einem Prüfungsauftrag, den DIE LINKE am 23.03.2010 als Konsequenz aus dem Zusammenbruch des Stadtarchivs in den Rat eingebracht hatte. Erst durch die Einstellung der Tiefbauexperten wird Köln wieder in der Lage sein, Bauvorhaben wie die Nord-Süd-Bahn zu überprüfen. Das ist eine hoheitliche Aufgabe, die die Stadt nie an die KVB hätte auslagern dürfen! Köln braucht ein starkes Tiefbauamt. Die Verstärkung ist längst überfällig. DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, die Verordnung über den Bau und Betrieb von Straßenbahnen (BoStrab) zu ändern. Diese hatte möglich gemacht, die Verantwortung für den Bau der Nord-Süd-Stadtbahn immer weiter herunterzureichen, bis schließlich die ARGE sich selbst kontrollierte. Auf der anderen Seite müssen aber die Kommunen und die Bezirksregierungen überhaupt erst wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben als Bauaufsicht wahrzunehmen.

Der Mangel an Experten kommt die Stadt Köln nicht nur im Fall eines Unglücks wie am Waidmarkt teuer zu stehen. In 2009 musste die Stadt für externe Beratung und für die Erstellung von Gutachten 10,7 Millionen Euro ausgeben, in 2008 immerhin 9,88 Mio. Euro, weil das entsprechende Fachpersonal in der Stadtverwaltung nicht existierte. Allein das Amt für Brücken und Stadtbahnbau, dem die neuen Stellen zugeordnet werden, hat hierfür 1,87 Mio. Euro ausgegeben, 2008 sogar 2,2 Mio. Euro.

In vielen Fällen hätte die Stadt diese Aufgaben günstiger und sicherer erledigen können, hätte sie denn das Personal dafür gehabt. Stattdessen mussten für viel Geld externe Fachleute bezahlt werden. „Privat vor Staat“ ist eine Ideologie, der der Kölner Rat viel zu lange nachgelaufen ist.

Jörg Detjen

## Gewerbsteuer – Da ist noch viel Luft!

Die Fraktion DIE LINKE hatte bereits 2004 eine Anhebung der Gewerbsteuer gefordert, als damals deutlich wurde, dass Köln ein strukturelles Einnahmedefizit hat. Wäre diesem Antrag gefolgt worden, dann wäre die Kölner Schuldenlast heute um mehrere Hundert Millionen Euro niedriger.

Seit 2009 ist die Wirtschafts- und Finanzkrise mit voller Wucht in den Kölner Haushalt eingeschlagen und hat ein 400-Millionen-Loch hinterlassen. Die Kölner Stadtspitze hat seitdem versucht, dieses Defizit durch Kürzungen auszugleichen. Kinder- und Jugendarbeit, Bürgerhäuser, Seniorenbetreuung, Aids-Prävention, Arbeitslosenberatung, Flüchtlinge, die freie Kulturszene – dies alles sind Bereiche in denen gestrichen wird, teilweise mit katastrophalen Folgen! Organisationen und Initiativen müssen ihre Arbeit zusammenstreichen, teilweise ist ihre Existenz gefährdet. Die Krise darf nicht auf dem Rücken der Schwächsten ausgegossen werden, es wird Zeit, dass die Wirtschaft hierfür mit in die Pflicht genommen wird!

Am 8.9. hat der Stadtvorstand verkündet, den Hebesatz zur Gewerbsteuer um 25 Punkte erhöhen zu wollen. Sie erwartet für die kommenden Jahre Mehreinnahmen von ca. 50 Millionen Euro. Der Vorschlag der LINKEN war – und ist – eine Erhöhung um 40 auf 490 Punkte. Dies würde zu Mehreinnahmen von ca. 80 Millionen Euro pro Jahr führen.

Köln hat über 22 Jahre die Gewerbsteuer nicht erhöht. Für diesen Zeitraum listet die Industrie- und Handelskammer (IHK) in NRW über 1800 Erhöhungen der Gewerbsteuer in anderen Städten auf. Senkungen sind dagegen sehr seltene Ereignisse.

Die 30 NRW-Großstädte haben laut der IHK-Studie zwischen 1990 und 2010 die Hebesätze zur Gewerbsteuer um durchschnittlich 38 Punkte erhöht. Köln liegt mit seinen jetzt geplanten 25 Punkten weit unter diesem Wert. 1990 hatte Köln den höchsten Hebesatz in NRW, 2010 liegt der Hebesatz in 14 Großstädten höher als in Köln. →



Das Naturfreundehaus in Köln-Kalk hatte am Samstag, den 11. September zu einem Solidaritätsfest für das Haus geladen. Dieser wichtige Anlaufpunkt im Veedel erfreut sich großer Beliebtheit. Das zeigten zahlreiche Unterstützer, die sich bei einem gutem Buffet Klezmer und andere Musik anhörten oder der Lesung von Pascal Beucker und Anja Krüger aus ihrem soeben erschienenen Buch „Die verlogene Politik – Macht um jeden Preis“ lauschten.

Wie hoch die Gewerbesteuer ohne Nachteil gegenüber anderen Städten liegen kann, hängt von der Attraktivität der Stadt ab. Infrastruktur, ausgebildete Fachkräfte, sozialer Zusammenhalt und kulturelle Attraktivität spielen dabei eine Rolle.

Aus diesem Grund fährt zum Beispiel München mit einem Hebesatz von 490 Punkten sehr gut, obgleich der durchschnittliche Hebesatz im Umfeld, dem Landkreis München bei gerade einmal 311

Punkten liegt und in einer Gemeinde sogar nur bei 250 Punkten!

In den Kölner Nachbarkreisen Rhein-Erft und im Rheinisch-Bergischen Kreis liegt die Gewerbesteuer derzeit im Schnitt bei 439 bzw. 433 Punkten. Die Hebesätze wurden dort seit 1990 im Schnitt um 65 bzw. 70 Punkte erhöht. Der niedrige Kölner Hebesatz ist damit wohl eher eine Belastung des Umlandes, als dass eine Erhöhung in Köln ein Problem für die hiesige Konkurrenzfähigkeit wäre. Was bedeutet eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 25

Punkte für die Kölner Unternehmen? Lässt man Freibeträge außer Acht, so ergibt sich bei 450 Punkten eine Besteuerung von 15,75 % auf Unternehmensgewinne. Mit dem neuen Hebesatz von 475 Punkten ergibt sich eine Besteuerung von 16,625 %. Das bedeutet, dass die Steigerung gerade einmal 0,875 % ausmacht.

Eine Steigerung um 40 Punkte, wie von der LINKEN vorgeschlagen, würde zu einem noch immer niedrigen Anstieg von 1,4 % führen.

Jörg Detjen, Wilfried Kossen

## Caritas klagt gegen Stadt Köln. Soziale Träger wehren sich gegen Sparmaßnahmen

Zwei Erziehungsberatungsstellen der Caritas haben eine Musterklage gegen die Stadt Köln eingereicht. Ihnen wurden, ebenso wie allen anderen sozialen Trägern in Köln, 2010 nur ein Teil der in 2009 erstatteten Beträge ausgezahlt. Die Beratungsstellen argumentieren, dass „Erziehungsberatung“ und der „Schutz-auftrag bei Kindeswohlgefährdung“ Pflichtaufgaben sind, die die Stadt in anfallender

Höhe erstatten muss. Weil hier die Beratungsstellen in Vorleistung treten, führen die Kürzungen



zu erheblicher Planungsunsicherheit seitens des Trägers.

Auch weitere Argumente der Caritas sind nicht von der Hand zu weisen. Sie steht auf dem Standpunkt, dass der Haushalt 2009 für Auszahlungen bindend sei, solange kein Haushalt 2010 beschlossen ist. Auf genau diesem Standpunkt steht DIE LINKE, was sie durch Ratsanträge zur Höhe der Abschlusszahlungen immer wieder bewiesen hat.

Interessant ist auch die Frage, wie das Gericht die Tatsache bewertet, dass die Stadt die Tarifsteigerung an eigene Beschäftigte auszahlt, aber den Trägern diese Tarifsteigerung vorenthält. Falls sich das Verwaltungsgericht der Meinung anschließt, dass hier gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen wird, ist das ein Sieg für die Beschäftigten im Sozialbereich.

Andrea Kostolnik

## Sanierung des Schauspielhauses spart Millionen Euro

Eine von der Stadt in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie legt dar, dass die Sanierung des Kölner Schauspielhauses und der Oper Baukosten in Höhe von 253 Millionen Euro erzeugen.

Dieser Variante, die von der Intendantin des Schauspielhauses Karin Beier vorgeschlagen worden war, steht das bisherige Konzept der Verwaltung und des Architekturunternehmens JSWD gegenüber. In dieser Variante sollte das Schauspielhaus abgerissen und neugebaut werden und die Oper saniert. Diese Variante würde 290 Millionen Euro kosten, also rund 36 Millionen mehr als die „Beier-Variante“.

Ärgerlicherweise hatte die Stadtverwaltung von Anfang an auf einen Neubau des Schauspielhauses gesetzt. Die Sanierung war sogleich abgewunken worden. Machbarkeit und Baukosten einer Sanierung wurden erst jetzt untersucht, obschon bereits Mitte 2009 aus dem Kölner Rat gefordert worden war, auch die Sanierung als mögliche Alternative durchzurechnen.

Das Bürgerbegehren „Rettet das Schauspielhaus!“, welches DIE LINKE von Anfang an unterstützte, zeigte, dass die Abrissbefürworter im Abseits standen. Erst dies ließ die Verwaltung aufwachen und die Sanierung ernsthaft prüfen. Leider fallen durch diese Verweigerungshaltung zusätzli-

che Kosten an. Dem Architekturbüro muss der bereits angefallene Planungsaufwand ersetzt werden (9,7 Mio. Euro) und die Ausweichquartiere für Schauspiel und Oper müssen länger gebucht werden, da sich der Baubeginn verzögert. Statt bei 36 Millionen liegt der Vorteil der Sanierungsvariante nun bei 18,5 Millionen Euro.

Drüst versuchen nun Stadtspitze und die im Rat unterlegenen Neubau-Befürworter, die Verantwortung für diese Entwicklung dem Bürgerbegehren in die Schuhe zu schieben. Offenbar ist man verschnupft, dass der Versuch Fakten zu schaffen und damit einen Neubau zu erzwingen, nicht geglückt ist. Nun zeigt sich, dass die Bürgerinitiative schlecht beraten war, einen Runden Tisch allein mit dem Oberbürgermeister und der Verwaltung zu bilden. Denn dort fehlen ihr nun die Unterstüztzer aus der Politik.

Ob die Summe für die Neubau-Variante so eingehalten worden wäre, ist dabei mehr als fraglich. Die Erben von Wilhelm Riphahn, dem Architekten des Opernquartiers hatten bereits angekündigt, gegen einen Abriss klagen zu wollen. Ein solcher Gerichtsprozess hätte die Bauzeit unabsehbar verzögern und damit zu erheblichen Mehrkosten führen können.

Wilfried Kossen

## Kölner Kulturförderabgabe genehmigt

Die Landesregierung NRW hat die von der Stadt Köln beantragte Kulturförderabgabe genehmigt. Diese „Bettensteuer“ wird der Kölner Kultur jährlich 20 Mio. Euro bringen. Das ist insbesondere für die freie Szene eine gute Nachricht. Durch massive Kürzungen droht ihr die Zerschlagung vieler Strukturen.

Das darf nicht geschehen. Für eine Großstadt wie Köln ist eine vielfältige Kulturszene lebenswichtig. Sonst droht Köln ins Provinzielle abzusinken. Für eine Großstadt ein vernichtendes Urteil. Viele Künstler der freien Szene leben jetzt schon in pre-

kären Beschäftigungsverhältnissen. Sie können sich weitere Kürzungen und Einnahmeverluste nicht leisten.

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt die Einführung einer Kulturförderabgabe und fordert den Kölner Rat auf, die Einnahmeseite noch weiter zu verbessern. Kulturförderabgabe, Gebührenerhöhungen und Anhebung der Gewerbesteuer reichen nicht aus, um die Lücken zu stopfen. Die Verwaltung muss ein Konzept entwickeln, wie die Einnahmen der Stadt weniger von der Konjunktur abhängig werden.

Sengül Senol

# Aus den Bezirksvertretungen

## ■ Rodenkirchen

### Villa Raderberg wurde abgerissen

Der Kampf um den Erhalt des alten Hauses in der Raderberger Str. 202 ist entschieden. Am 10. September wurde das Gebäude der ehemaligen Maschinenfabrik Meyer, Roth & Pastor endgültig abgerissen.



Verwaltungsgebäude der ehemaligen Firma Meyer, Roth & Pastor in Raderberg

Mit dem Abriss wurde ein negatives Zeichen gesetzt. Zum einen hat die Kommunalpolitik in Köln einen großen Schaden in Bezug auf ihre Glaubwürdigkeit erlitten. Zum anderen zeigt sich, dass sich wieder einmal Investoren-Interessen durchgesetzt haben. Köln reißt seine eigene Vergangenheit ab.

Skandalös ist auch, dass Beschlüsse einer Bezirksvertretung ganz einfach schon vom nächsten Gremium, hier war es der Stadtentwicklungsausschuss, gekippt werden können. Da muss die Frage gestellt werden, wozu eine Bezirksvertretung eigentlich da ist, wenn ihre Beschlüsse einfach gekippt werden können. Was soll ein Bezirksvertreter den Bürgern in seinem Bezirk erzählen, wenn seine Stimme faktisch keine Wirkung hat?

Ich habe während der Unterstützung der Bürgerinitiative, die das Haus erhalten wollte, etwas gelernt. Nämlich, dass ich jetzt den Blick nach vorne richten und mich weiterhin für den Denkmalschutz einsetzen werde. Dieser muss wieder den Stellenwert in Köln erhalten, den er einmal inne hatte. Mit unserer jetzigen Stadtkonservatorin ist das nicht möglich.

Berthold Bronisz

## ■ Ehrenfeld

### Sommerfest am Alpener Platz

Das 1. Alpener-Platz-Sommerfest fand im Stadtbezirk Ehrenfeld statt. Seit etwa einem halben Jahr bemühen sich Anwohnerinnen und Anwohner diesen kaum genutzten Platz als öffentlichen Raum zu erschließen.



Das Sommerfest ist ein erster Schritt. Der Organisator der Veranstaltung, Michael Vetter, spricht von 1.700 Personen, die gekommen sind. Er bedankte sich auch bei Ratsmitglied Jörg Detjen wegen seiner „anfänglichen Anstöße, ohne die vielleicht eine



Sommerfest am Alpener Platz

Ermutigung gefehlt hätte“. Auch der Ehrenfelder Bürgermeister Wirges hatte sich engagiert und sprach ein Grußwort auf dem Fest. Jetzt wird es darum gehen, die Aktivitäten fortzuführen. Es ist noch viel zu tun, damit der Alpener Platz für die Anwohner attraktiv wird.

Yesil Yesim-Bal

## ■ Ehrenfeld

### Helios-Bebauung darf nicht der Venloer Straße schaden

Am 15. September (nach Redaktionsschluss) wird in Ehrenfeld eine Info-Veranstaltung zum Heliosgeländer stattfinden. Der Investor Paul Bauwens-Adenauer wird selber zu gegen sein und sein expansives Konzept vorstellen. Die Bürgerinitiative Heliosgelände ruft ebenfalls zu der Veranstaltung auf. Sie hatte bereits im Juli eine eigene Veranstaltung durchgeführt zu der 300 Personen kamen. In der Zwischenzeit hatte die Bürgerinitiative bereits selber mit der Bauwens-Unternehmensgruppe gesprochen, ohne Ergebnis.

Die Bauwens-Gruppe drängt jetzt darauf, die Größe der Einzelhandelsfläche schnell festzulegen. Ca. 7.000 qm werden bereits jetzt auf der Fläche genutzt, d.h. darauf hat der Investor rechtlich eine Art Bestandsschutz. Er will aber mehr, am liebsten 30.000 qm. Die Stadt kommt in einem ersten Gutachten auf 17.000 bis 20.000 qm mögliche Einzelhandelsfläche. Auch diese reduzierte Fläche würde den Geschäften in der Venloer Straße schaden.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass auf dem Helios-Gelände nur eine Bebauung zugelassen wird, die der Venloer Straße nutzt und nicht schadet. Die Bebauung des Heliosgelände muss ein Projekt aller Ehrenfelder werden und nicht die Entscheidung eines Investors.

Jörg Detjen

# Aus den Ausschüssen

## ■ Umwelt und Grün

### Waldschule erhalten!

„Gut Leidenhausen wurde aufgrund seiner idealen Lage an der Schnittstelle zwischen Stadtlandschaft und Wahner Heide als Portalstandort ausgewählt. Mit der Waldschule, dem Haus des Waldes und den Aktivitäten der Vereine vor Ort bietet Gut Leidenhausen bereits vielfältige naturbezogene Angebote.“

Auf der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 30.8. wurde eine Beschlussvorlage vorgelegt, in deren Begründung der obige Text zu finden ist. Das machte DIE LINKE stutzig, denn in der Kürzungsliste der so genannten Task Force heißt es: „Streichung des Zuschusses für den Lehrer der Waldschule ab 2011 unter Inkaufnahme der Schließung der Waldschule.“ Wie kann man mit etwas argumentieren, dessen Abschaffung man in Kauf nimmt? Darauf wies DIE LINKE dann im Ausschuss auch die Verwaltung und die übrigen Ausschussmitglieder hin. Daraufhin war von allen politischen Seiten Erfreuliches zu vernehmen. Man wolle sowohl die Waldschule, als auch die LehrerInnenstelle erhalten. Anscheinend mussten zumindest die Anwesenden nicht mehr von der Wichtigkeit der Naturerziehung außerhalb des etablierten Schulsystems überzeugt werden. Bleibt zu hoffen, dass sie sich mit ihrer Einstellung auch innerhalb der haushaltbeschließenden Fraktionen durchsetzen werden.

Übrigens beläuft sich das Einsparpotenzial auf sagenhafte 60.000 Euro jährlich.

*HP Fischer*

## ■ Soziales und Senioren

### Erstausstattung

Im letzten Jahr hatte DIE LINKE durchgesetzt, dass die Stadt I-Dötchen mit Köln-Pass die Erstausstattung für die Schule im Wert von bis zu 160 Euro erstattet. In diesem Jahr, nach der Kommunalwahl, steht dieser Posten auf der Streichliste des Stadtvorstandes. Eltern wird das Geld im Moment nicht ausgezahlt. DIE LINKE hat deswegen mehrmals Krach geschlagen und im Sozialausschuss nach der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns gefragt.

Immer wieder erzählten uns Eltern, dass die Anträge auf Erstausstattung nicht angenommen werden oder man ihnen am Telefon sagt, dass diese Leistung gestrichen wird. Das muss aber der Rat im Zuge der Haushaltsverabschiedung erst noch entscheiden.

Nun macht es die Beantwortung einer Anfrage der LINKEN klar: Anträge auf Erstausstattung können eingereicht wer-

den, und zwar an jeder städtischen Dienststelle. Eine städtische Pressemitteilung im Juni hatte noch davon gesprochen, dass Quittungen aufbewahrt werden

müssen und zunächst nicht eingereicht werden können. Dieses Verfahren führte nur dazu, dass viele Eltern entnervt aufgaben und die Quittungen wegschmissen.

Nun müssen sie nur noch die Hürde eines formlosen Antrags nehmen. Denn ein Formular hat die Stadt nicht. Weil es aber vielen Eltern schwerfällt, einen Antrag selbst zu schreiben, wird DIE LINKE ein Musterformular auf ihre Internetseite stellen, das man zusammen mit den Quittungen einreichen kann.

DIE LINKE wird weiter dafür kämpfen, diese wichtige Leistung für arme Kinder nicht aus dem Haushalt zu streichen!

*Richard Klein*

## ■ Gesundheit

### Pflegeberatung – ausreichend und unabhängig?

Immer mehr Menschen sind in unserer Gesellschaft auf Pflege angewiesen. Doch viele Betroffene kennen sich im System nicht aus, geschweige denn ihre Rechte. Für diese Menschen gibt es Pflegeberatungsstellen. Dazu hatte DIE LINKE eine Anfrage gestellt.

Aus dem Amt für Soziales und Senioren war zu erfahren, dass die Seniorenberatung sehr gut ausgelastet ist. Gerade vor diesem Hintergrund und den zu erwartenden steigenden Fallzahlen ist es absolut unangebracht, hier zu kürzen, wie es die Stadtspitze im neuen Haushalt vor hat.

Auch die Unabhängigkeit der Beratung ist fragwürdig. Einen gesetzlichen Anspruch auf Beratung durch die Pflege- bzw. Krankenkassen haben alle Versicherten. Doch denen dürfte es nicht um die beste Beratung, sondern in erster Linie um eigene Kosten gehen.

Allgemeine Seniorenberatung, zu denen auch die Pflegeberatung gehört, nehmen außerdem die Wohlfahrtsverbände wahr. Doch diese sind auch Träger von ambulanten Pflegediensten oder Heimen. Immerhin können sich Senioren und Senioren hier entscheiden, von welchem Träger sie sich beraten lassen. Letztendlich werden sich aber die meisten für die nächstgelegene Beratungsstelle entscheiden. Auch diese Lösung ist nicht befriedigend. Bleiben letztlich die Berater des Amtes für Soziales und



Senioren. In jedem Bezirksrathaus stehen 2 bis 4 Senioren Berater der Stadt zur Verfügung. Auch hier darf nicht vergessen werden, dass die Stadt mit den Riehler Heimstätten das größte Pflegeheim in Köln betreibt. Zur wirklich unabhängigen Beratung ist es noch ein weiter Weg.

*Uschi Röhrig*

## ■ Stadtentwicklung

### Golfanlage in Widdersdorf beschlossen

Gegen die Stimmen der Grünen (DIE LINKE ist nicht stimmberechtigt) wurde in der jüngsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Golfplatz in Widdersdorf beschlossen. Nun entsteht eine riesige Fläche von circa 100 ha, die der Öffentlichkeit vor-enthalten wird. Verwaltung und Investoren beteuern immer wieder, es handle sich um eine öffentlich zugängliche Golfanlage. Eine Golfanlage zwecks Spaziergang zu betreten ist aber wegen der fliegenden Bälle tatsächlich lebensgefährlich. Auch wenn der Rasen der Golfanlage grün ist, ökologisch ist diese Grünfläche nicht von Bedeutung. Im Gegenteil: Durch starke Düngung mit Pestiziden droht die Verunreinigung des Grundwassers. Außerdem besteht die Gefahr dass das Grundwasser absinkt, denn zur ständigen Bewässerung des Golfplatzes wird das Grundwasser angezapft.

*Michael Weisenstein*

## ■ Stadtentwicklung

### Höhenkonzept verteidigen! Verwaltungsgericht stützt Auffassung der Stadtratsfraktion DIE LINKE

Das Kölner Verwaltungsgericht hat per Eilbeschluss die Aufstockung zweier Wohngebäude in unmittelbarer Nachbarschaft von St. Gereon untersagt. Im Rat und Stadtentwicklungsausschuss war die Fraktion DIE LINKE stets gegen diese Genehmigung. Die Stadt Köln hat beim Oberverwaltungsgericht in Münster nun Beschwerde gegen den Beschluss des Kölner Gerichtes eingelegt. Die Verwaltung teilte in der jüngsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses mit, dass völlig offen sei, wie das Verfahren enden wird. Dementsprechend ist auch völlig offen, ob die Stadt dem Investor Gewinnausfall erstatten muss.

Auch die Gesamtbebauung des Gerlinggeländes ist Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzung. Nach Auffassung der Justiz ist das Höhenkonzept dahingehend anzuwenden, dass künftige Bebauungen im Wirkungsfeld von Dom und den romanischen Kirchen nicht höher sein dürfen, als die bereits bestehende Bebauung.

Die Stadt Köln fühlt sich nicht an die Intension ihres ursprünglichen Höhenkon-

zepts gebunden. Im Rahmen der Normenkontrollklage wird sich das OVG Münster auch mit dieser Frage beschäftigen. Dieses Gerichtsverfahren wurde von der katholischen Gemeinde St. Gereon eingeleitet. Auch hier ist der Ausgang völlig unklar.

Die Stadt muss nun ihren Umgang mit dem erst 2007 beschlossenen Höhenkonzept überdenken. Es kann nicht sein, dass sie bei der ersten besten Gelegenheit dem Druck von Investoren nachgibt und das Höhenkonzept aufweicht.



### Über den Dächern des Kunibertsviertels

Auch den Wünschen der Allianz als Investor für ein Projekt zwischen Altenburgerstraße und Breslauer Platz im Kunibertsviertel nach einer Überschreitung des Höhenkonzepts darf nicht nachgegeben werden. Die berechtigten Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in Bahnhofsumgebung müssen berücksichtigt werden. Das gilt nicht nur für die Höhe der Neubauten. Die von Seiten der Verwaltung geplanten Flächen für Einzelhandel sind zu üppig. Große Supermärkte am Breslauer Platz würden dem ohnehin stark gebeutelten Einzelhandel am Eigelstein den Todesstoß versetzen.

*Michael Weisenstein*

### ■ Schule

## Echtes Engagement ist gefragt

„Neue Lösungswege für eine bessere und nachhaltige Bildungsgerechtigkeit für Kinder in Nordrhein-Westfalen“ - so heißt eines der zentralen Ziele der neuen SPD/Grünen-Koalition in Düsseldorf. Die Kölner Verwaltung hat nun diese Zielsetzung in einem 3-Punkte-Papier zum „Vorgehen bei der Schulentwicklungsplanung in Köln“ aufgegriffen. In einem schulpolitischen Sofortprogramm soll in Kürze eine Konkretisierung erfolgen.

Im Vordergrund stehen sollen darin

das Grundanliegen längerer gemeinsamen Lernens sowie Gemeinschaftsschulkonzepte und innovative schulische Vorhaben. Parallel dazu wird an einem Inklusionsplan gearbeitet, in dem die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zum gemeinsamen Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Kinder entwickelt wird.

Diese Grundorientierungen der Kölner Schulentwicklungsplanung beeindrucken auf den ersten Blick positiv. Wenn sie auch nicht die von der LINKEN geforderte Abkehr von der selektiven

Gegliedertheit des deutschen Bildungssystems im Sinne der Forderung „eine Schule für alle“ ins Auge fasst, so ist mit ihr doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung vorgehen.

Allerdings hat es den Anschein, als wäre nur mit einem eher zaghaften Umsetzungstempo zu rechnen. Denn auf Landes- wie auf Stadtebene gilt die Devise, dass keiner Schule eine Umwandlung zur Gemeinschaftsschule

übergestülpt werden soll.

Zieht man die klägliche Erfahrung des Hamburger Volksentscheids in Betracht, so scheint diese Zögerlichkeit verständlich. So wie dort konservative Hüter gutbürgerlicher Bildungsprivilegien einen beispiellosen Schulkampf inszenierten, so wäre wohl auch in NRW mit heftigsten Attacken vor allem von Seiten der CDU zu rechnen, wenn Schulumwandlungen von der Landesregierung schlicht dekretiert würden.

So kann offenbar nur der von Ministerin Löhrmann postulierte Weg des größtmöglichen Konsenses in der Schulpolitik zielführend sein. Dies aber setzt voraus, was sowohl bei den Grünen als auch in der SPD traditionell sträflich vernachlässigt wurde und wird: engagiertes, überzeugendes und öffentlichkeitswirksames Streiten für die Konzepte einer demokratischen Bildungsreform.

Eher ist noch das Gegenteil der Fall. In der Basis beider Parteien und bis hinein in deren Spitze sind die überkommenen Strukturen des hochselektiven gegliederten Schulsystems mit dem Gymnasium als Krönung in nicht unerheblichem Maße verankert. Da ist dann auch beim eigentlich eher halbherzigen Schritt zur Gemeinschaftsschule nicht mit kämpferischem und überzeugendem Engagement zu rechnen - und eben auch nicht mit dem als Voraussetzung für weitere Schritte gesetzten größtmöglichen Konsens.

Dies gilt für die Landes- wie auch für die Stadtebene. Das schlägt sich auch in der Begrifflichkeit nieder. So wird als ein Ziel der weiteren Schulentwicklung in Köln „mehr Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler“ genannt. Mit diesem Begriff der Chancengerechtigkeit aber hat es so seine Bewandnis. Er wurde nämlich in der Bildungsreformdiskussion der 1970er Jahre in ideologisch motivierter Manier als Gegenposition zur Chancengleichheit in Stellung gebracht. Er steht damit für die vor allem von CDU/CSU und breiten konservativen Kreisen getragene Abkehr von der demokratisch ausgerichteten Zielsetzung des Bildungsgesamtplans von 1970 - und damit auch für die in der Folgezeit erneut zementierte Gegliedertheit des deutschen Bildungswesens.

Mit einer solchen Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung aber wird den vielen benachteiligten und von Perspektivlosigkeit bedrohten Schülerinnen und Schülern in Köln nicht zu helfen sein!

*Oswald Pannes*

## Neubau des Kulturzentrums am Neumarkt wird 11 Mio. teurer

Das Kulturzentrum am Neumarkt soll statt 61,3 Mio. Euro jetzt 72,18 Mio. Euro kosten. Die gewaltigen Mehrkosten wollte die Verwaltung von den Kölner Ratsfraktionen per Dringlichkeitsentscheidung genehmigt haben. Doch sie konnte nicht plausibel erklären, wie es zu dieser Lücke von 11 Mio. Euro kommt. DIE LINKE hat dem Beschluss daher nicht zugestimmt.

Zur Ratssitzung am 02.02.2010 hatte DIE LINKE eine Anfrage zur Kostensteigerung bei Großprojekten in Köln gestellt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Verwaltung geantwortet, keine Kenntnis über Kostensteigerungen beim Kulturzentrum am Neumarkt zu haben und kündigte eine Prüfung an.

Erst benötigte die Verwaltung ein halbes Jahr, um festzustellen, dass 11 Millionen Euro fehlen und dann sollte diese Kostensteigerung nicht im Rat behandelt, sondern per Dringlichkeitsentscheidung abgesegnet werden. Anscheinend möchte die Stadtverwaltung vermeiden, dass ihr Planungswirrwarr überprüft wird. DIE LINKE hatte dieses Vorgehen im Hauptausschuss kritisiert. Einem nun vorliegenden Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, diese Vorgänge vom Rechnungsprüfungsamt prüfen zu lassen, sowie der Auftrag an die Verwaltung, den Vorgang transparent darzustellen, wird DIE LINKE selbstverständlich zustimmen.

*Gisela Stahlhofen*

# Bäder GmbH redet NRW-Bäder kaputt

Der Chef der Bäder GmbH, Berthold Schmitt, hat sich auf der letzten Aufsichtsrats-Sitzung des Unternehmens erneut gegen den Erhalt der Stadtteilbäder in Nippes, Rodenkirchen und Weiden ausgesprochen. Er begründet das mit sinkenden Besucherzahlen und der Tatsache, dass die drei Bäder Verluste einfahren.

Öffentliche Bäder können nicht kostendeckend betrieben werden, weder die einfachen, älteren Bäder wie in Nippes noch moderne Neubauten wie in Ossendorf. Sie müssen mit öffentlichen Mitteln bezuschusst werden, weil Schwimmen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe ist. Die Angabe, dass die drei Bäder Verluste machen, ist ein Nicht-Argument.

Kein Wunder ist es auch, dass die Besucherzahlen tendenziell zurückgehen. Das Nippes-Bad ist seit der Kürzungsrunde 2003 Gruppenbad. Es gibt gar keine Möglichkeit für nicht in Vereinen oder Gruppen organisierte BürgerInnen und Bürger, das Bad zu nutzen. Viele junge Familien, die in den letzten Jahren neu nach Nippes gezogen sind, wissen nicht einmal, dass es dort ein Bad gibt.

Es würde die Bäder GmbH wenig Tausend Euro kosten, eine Werbekampagne für das Nippes-Bad zu starten und neue Angebote aufzulegen. Stattdessen betont der Unternehmensvorstand in seinem Bericht, dass die Teilnehmerzahl des Gesundheitsschwimmens für Seniorinnen und Senioren leicht rückgängig ist. Die GesundheitsschwimmerInnen bildeten und bilden



Kern des Widerstandes gegen die Schließung des Bades seit 2007.

Jeder noch so unbedeutende Hinweis, dass das Bad nicht beliebt sei, wird groß präsentiert. Die Tatsache, dass die Nutzung des Nippes-Bades durch Vereine und Schulen in 2009 und 2010 massiv angestiegen ist, wird damit abgetan, dass Ossendorf noch nicht fertig war und Zollstock renoviert wird. Das stimmt, aber es zeigt auch, dass es großen Bedarf an Wasserflächen gibt und das Bad sinnvoll genutzt werden kann.

Die Bäder GmbH orientiert sich in ihrer Strategie nicht an den Interessen der Schwimmerinnen und Schwimmer. Ihre Priorität liegt nicht bei wohnortnahen Bädern,

die vor allem für nicht so mobile oder kaufkräftige Menschen (Kinder, Jugendliche, Senioren, Erwerblose usw.) gut zu erreichen und zu bezahlen sind. Sie setzt auf moderne Vorzeigebäder, die sich an mobiles und kaufkräftiges Publikum richten. Das könnte in Zukunft die Grundlage für weitere Verteuerungen der Bäder oder Schritte Richtung Privatisierung sein.

Die Äußerungen von Bäder-Chef Schmidt und dem grünen Ratscherrn Frank während einer AR-Sitzung des Mutterkonzerns Stadtwerke machen deutlich, dass 2011 nach der Fertigstellung der Lentstraße die Schließung der NRW-Bäder droht. Der Kampf muss erneut geführt werden.

Claus Ludwig

## Freiheit für Dogan Akhanli

Der in Köln lebende Dogan Akhanli wurde am 10.8.2010 auf dem Flughafen Istanbul verhaftet. Seitdem ist er in türkischen Gefängnissen inhaftiert. Ihm wird die Beteiligung an einem Raubüberfall mit einem Toten im Jahr 1989 vorgeworfen.

Seine Anwälte und Unterstützer bezweifeln die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens. Obwohl der Schriftsteller und Menschenrechtler seit 2001 deutscher Staatsbürger ist, verwehrt ihm die türkische Staatsanwaltschaft die Betreuung durch das Deutsche Konsulat.

Die Anklage stützt sich hauptsächlich auf zwei Zeugenaussagen. Beide Zeugen haben ihre früheren Aussagen – in einem Fall unter Folter zustande gekommen – widerrufen. Doch diese entscheidenden Entlastungsbeweise sind bisher weder der Hauptakte beigefügt noch dem Haftrichter übermittelt worden.

In Unkenntnis dieser aktuellen Zeugenaussagen lehnte der Haftrichter eine Haftbeschwerde ab. Köln muss sich im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Istanbul in die Angelegenheit einbringen. Akhanli ist Köl-



ner geworden. Er engagiert sich hier seit vielen Jahren als Menschenrechtler. Nun müssen Politik und Verwaltung an einem Strang ziehen, um Unrecht und Willkür gegenüber einem missliebigen politischen Flüchtling aus der Türkei zu verhindern. Er

hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren.

Akhanli erhielt 2009 den Literaturpreis der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“. Er setzt sich in zahlreichen Projekten gegen politische Gewalt und für einen interkulturellen, versöhnenden Dialog ein. Dazu wurde er unter anderem von der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gefördert.

Die Fraktion DIE LINKE, ihre Sachkundigen Einwohner und Bezirksvertreter haben in Briefen an das türkische Generalkonsulat Akhanlis Freilassung gefordert und das Auswärtige Amt gebeten, sich für ihn einzusetzen. Inzwischen hat sich OB Roters unserem Wunsch nach Einbringung der Städtepartnerschaft Köln-Istanbul angeschlossen. Er hat sich an seinen Istanbul-Kollegen Kadir Topbas gewandt und ihn gebeten, sich für Akhanlis Freilassung bis zur Verfahrenseröffnung einzusetzen.

Jörg Detjen,  
Andrea Kostolnik

# „Pro Köln“ missbraucht Ratssitzung für private Grundstücksangelegenheit

Am 13.7.2010 fand die letzte reguläre Ratssitzung vor der Sommerpause statt. Einen Tag später stellte die rechtsextremistische Fraktion „pro Köln“ einen Antrag auf unverzügliche Einberufung des Rates. Diese außerordentliche Ratssitzung sollte als einzigen Tagesordnungspunkt den Antrag „Vergabepaxis bei städtischen Grundstücken für den privaten Eigenheimbau“ von „pro Köln“ behandeln, denn Mitglieder der rechtsradikalen Gruppierung fühlen sich durch ein gescheitertes Kaufansinnen eines städtischen Grundstücks diskriminiert.

Darüber berichtete die Presse am 21.6.2010. Bis zum Antragsschluss am 29. Juni für die letzte reguläre Ratssitzung am 13. Juli blieb über eine Woche Zeit, in der „pro Köln“ den Antrag hätte fristgerecht stellen können.

Auch danach wäre das Instrument des Dringlichkeitsantrags möglich gewesen, von denen „pro Köln“ zur besagten Ratssitzung auch zwei gestellt hatte.

Einen Antrag über die unverzügliche Einberufung des Rates kann der Oberbürgermeister nicht ablehnen, wenn eine Fraktion diesen stellt. Die rechtsextreme „pro Köln“ nutzt dieses Instrument regelmäßig. Sie hat bereits viermal den Rat zu außerordentlichen Sitzungen einberufen, zu obskuren Themen wie „Maßnahmen zur Abwehr der Terrorgefahr im Zusammenhang mit dem Weltjugendtag“ oder „Baustopp für die Ehrenfelder Groß-Moschee“. Auch in regulären Ratssitzungen hinlänglich behandelte Anliegen wie „Kein Dauerstau auf der Rheinuferstrasse“ oder „Rücktritt des Oberbürgermeisters Fritz Schramma“ mussten nach dem Willen von „pro Köln“ zusätzlich auf Sondersitzungen behandelt werden.

Nun musste der Rat in diesem Jahr drei Mal zusammentreten, um einen Antrag der Rechtsextremen außerplanmäßig zu beraten. Denn die Ratssitzung am 23.8. war nicht beschlussfähig, die danach anberaumte am 26.7. auch nicht. Doch dort wurde der

Antrag dann mit einfacher Mehrheit abgelehnt, was beim 2. Versuch zulässig ist. Interessant, dass sich auch die Fraktion „pro Köln“ nur bedingt Zeit für diese Sitzungen nehmen wollte. Nur drei von fünf Fraktionsmitgliedern erschienen jeweils. Jeden an den Haaren herbeigezogenen Anlass nutzt „pro Köln“, um die Kölnerinnen und Kölner zur Kasse zu bitten. Dieses Geld könnte sinnvoll für Soziales ausgegeben werden. An Kindern und Jugendlichen, Familien, Senioren, Arbeitslosen und chronisch Kranken wird in dieser Stadt gespart. Da tut diese sinnlose Geldverschwendung der Rechtsradikalen doppelt weh. Denn eine Ratssitzung in den Ferien kann bis zu 10.000 Euro kosten.

„Pro Köln“ gibt vor, auf der Seite der Bürger und Bürgerinnen zu stehen. Tatsächlich ist ihnen aber kein Anlass zu banal, um eben diesen Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen.

*Gisela Stahlhofen*

## Flüchtlinge müssen besser untergebracht werden

In den letzten Monaten leben wieder mehr Flüchtlinge in Köln. Das hängt mit der internationalen Krise zusammen, aber auch mit dem Ausländerrecht. Auf jeden Fall hat die Verwaltung damit nicht gerechnet und hält zu wenige Plätze bereit. In den letzten Jahren wurden Sozialhäuser in schlechtem Zustand geschlossen oder renoviert. Zum Teil sind diese Renovierungsprojekte noch nicht abgeschlossen. Vielfach gibt es aber auch gute dezentrale Unterbringung in Wohnungen.

Konflikte gab es kürzlich in dem wie-

dereröffneten Wohnheim in der Augsburger Straße, das in einem maroden Zustand ist. Die Verwaltung selbst sprach davon, dass die Unterbringung dort nicht „menschenecht“ sei.

Sowohl der Ausschuss für Soziales, Senioren und Wohnen wie auch der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen haben die Verwaltung trotz Haushaltskrise gebeten aktiv zu werden. Derzeit wird die Schließung des Heimes in der Augsburger Straße und die Übersiedelung der Bewohner in Wohnungen vorbereitet.

Es gibt aber noch weitere Flüchtlingsunterkünfte, die in einem schlechten Zustand sind und dringend geschlossen werden müssen. Darüber wird die Fraktion DIE LINKE in nächster Zeit mit den Wohnversorgungsbetrieben und dem Flüchtlingsrat sprechen.

Im kommenden Haushalt müssen weitere Investitionsmittel für den Bau bzw. die Renovierung neuer Sozialhäuser bzw. möglichst dezentraler Wohnungen vorgehalten werden.

*Jörg Detjen*



## Erneut Durchsuchungen bei Sal. Oppenheim

Am 31. August durchsuchte Polizei und Staatsanwaltschaft erneut Räumlichkeiten früherer Gesellschafter des Bankhauses Sal. Oppenheim. Von der Durchsuchung der Haupt- und Nebenwohnsitze erhoffte sich die Kölner Staatsanwaltschaft neue Erkenntnisse.

Gegen die früheren Manager wird wegen des Verdachts der Untreue ermittelt. Dabei sollen 680 Millionen Euro an Krediten vergeben worden sein, ohne diese ausreichend auf Sicherheiten zu prüfen. Gegen die undurchsichtigen – und vor allem lukrativen Geschäfte des Bankhauses mit der Stadt Köln hatte DIE LINKE immer wieder im Rat aber auch auf der Straße protestiert.

Hier ein Bild von einer Aktion vom August 2009.

# Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41  
email: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## Autonomes Zentrum – Keine Gefahr für Leib und Leben

Zu Beginn der Sommerferien erhielt das Autonome Zentrum Kalk hohen Besuch. Neben vier Herren vom Bauaufsichtsamt war je ein Vertreter der Rheinenergie und der Berufsfeuerwehr zur Ortsbesichtigung erschienen. Sie nahmen die „alte KHD-Kantine“ im Hinblick auf das Vorhandensein akuter und zuständigkeitsbezogener Gefahrensituationen in Augenschein. Tatsächlich wurden einige kleinere und zwischenzeitlich auch teilweise behobene Mängel beim Brandschutz festgestellt, die aber nach Angabe der Verwaltung „von ihrer Gesamtschau her aber keine Lebensgefahr für sich dort aufhaltende Personen darstellten.“ Das ist zum Beispiel ein Buschwerk, welches den nördlichen Ausgang erheblich einengt.

Dass die Besetzer keinen Wunderdünger gestreut haben, der den Wuchs beschleunigt hat, ist genauso klar, wie der wirkliche Grund: Die Eigentümerin die Savor GmbH (eine Tochter einer Sparkassentochter) hat das Gelände und das Gebäude 10 Jahre lang sich selbst und der Natur überlassen. Trotzdem war bei der Ortsbesichtigung aus statischer Sicht ein akute Gefährdung der Standsicherheit des Gebäudes und Gebäudeteile nicht erkennbar und auch die Rheinenergie sah für ihren Bereich keinerlei Gefahren. Zusammenfassend hält die städtische Niederschrift zur Ortsbesichtigung fest, dass „für den Bereich der in Augenschein genommenen Gebäudeteile keine akuten Gefahren für Leib und Leben erkannt werden konnten.“ Auch das Jugendamt teilte mit, dass man das AZ mehrfach besucht habe, und dass Maßnahmen des

Jugendschutzes nicht veranlasst werden mussten.

Die Eigentümerin aber reagierte verschnupft, da man sie bei der Ortbesichtigung nicht in das Gebäude gelassen hatte. Sie ließ den Strom abstellen, obwohl die



**Graffiti auf dem AZ: Für Bietmann gibt's 900.000 Euro, für die Kultur nicht mal 'ne Abrissbude?**

Besetzer per Post 200 Euro Strom- und Wasserkostenbeteiligung hatten zustellen lassen.

Das geplante Abstellen des Wassers

wurde bisher nicht durchgeführt. Stattdessen investiert die Savor nun in Arbeitsplätze. Seit einiger Zeit stehen Sicherheitskräfte vor dem Gelände und verteilen Flugblätter an die Besucher des Autonomen Zentrums. Darin weist die Savor unter Bezugnahme auf die oben beschriebene Ortsbesichtigung darauf hin, dass es „erhebliche Brandschutzmängel“ gebe und „eine Gefahr für Leib und Leben“ nicht auszuschießen sei. (Kein Kommentar)

Außerdem wird im Savor-Flugblatt darauf hingewiesen, dass das Gebäude zum Abbruch bestimmt sei.

Als die KHD-Kantine noch in Betrieb war, stand sie in einem bestimmten Rahmen auch der Bevölkerung zur Verfügung. Jubiläen, Geburtstage und Hochzeiten wurden hier gefeiert. Seit rund 10 Jahren wurde sie durch die neuen Eigentümer den Menschen vorenthalten und ungenutzt verschlossen gehalten. Dabei könnten der Stadtteil und auch der Stadtbezirk durchaus einen „Kalser Gürzenich“ gebrauchen. Egal

wie man zu den derzeitigen Nutzern auch stehen mag, ein Abbruch wäre eine stadtentwicklungspolitische Sünde.

HP Fischer

## Termine ... Termine ... Termine ...

**Do, 16.9., 19 Uhr**

Bürgerstammtisch BV Innenstadt-Süd  
Amörchen, An der Bottmühle 13

**Do, 23.9., 17.30 Uhr**

AK Jugend und Schule  
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

**Do, 23.9., 18 Uhr**

AK Soziales, Senioren und Wohnen

Parteibüro, Metzger Str. 24

**Mo, 11.10., 16 Uhr**

AK Umwelt und Grün  
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

**Di, 12.10., 16.30 Uhr**

AK Stadtentwicklung  
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion